

Über den Umfang der bereits bestehenden amerikanischen Beteiligungen am Nominalkapital westdeutscher Unternehmungen besteht kein einheitliches Bild. Von amerikanischer Seite werden diese für Ende 1949 auf rund 210 Mill. \$ geschätzt, d. h. also auf rund 880 Mill. DM, während deutsche Zusammenstellungen einen geringeren Gesamtbetrag, nämlich rund 675 Mill. DM nennen. (ebd.)

Vorschlag einer lateinamerikanischen Zahlungsunion. Nachdem erst kürzlich auf der Pariser Tagung des Rates der Europäischen Zahlungsunion die Frage der Ausdehnung der Europäischen Zahlungsunion auf Lateinamerika eine gewisse Rolle spielte, ohne daß jedoch diese Beratungen vorläufig andere als theoretische Bedeutung haben dürften, hat nunmehr Argentinien einen Vorschlag auf Schaffung einer eigenen „lateinamerikanischen Zahlungsunion“ nach dem Muster der europäischen Währungsorganisation gemacht. Das geschah auf der in Lima (Peru) tagenden Konferenz des Interamerikanischen Handels- und Produktionsrates, einer Organisation, in der nicht die Regierungen, sondern die repräsentativen Wirtschaftsverbände der einzelnen Länder vertreten sind. Der argentinische Vorschlag, der bei der Struktur der argentinischen Wirtschafts- und Handelspolitik und der Organisation der Wirtschaftsvertretungen des Landes sicherlich nicht ohne Zustimmung der argentinischen Regierung gemacht worden ist, beschränkt sich zunächst nur auf die Anregung, „Untersuchungen durchzuführen, um die Möglichkeit der Errichtung einer lateinamerikanischen Zahlungsunion zu prüfen“.

Man hat auf argentinischer Seite sicherlich mit Absicht das nichtamtliche Gremium der Konferenz von Lima für diesen Vorschlag gewählt, um die argentinische Regierung mit keinerlei Verantwortung zu belasten. Man ist sich gewiß auch in Buenos Aires darüber klar, daß die Gründung und das Funktionieren einer lateinamerikanischen Zahlungsunion unendlich viel komplizierter wäre, als das in Europa der Fall ist, allein schon wegen des erheblich geringeren Warenaustauschs unter den lateinamerikanischen Staaten. Die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten einer solchen Union müßte deshalb zunächst eine wesentliche Intensivierung des Warenaustausches unter den lateinamerikanischen Nationen selber sein, ein Ziel, das zweifellos auch den argentinischen Antragstellern vorschwebt, jedoch nicht allein durch Resolutionen und Empfehlungen zu erreichen ist. (ebd.)

Außenhandel mit der UdSSR. Der gesamte Außenhandel der UdSSR wird zentral und planwirtschaftlich vom Staat gesteuert. Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß ein Kurswechsel bevorsteht. Im Gegenteil, das staatliche Außenhandelsmonopol ist noch kürzlich von sowjetischer Seite als eine unabdingbare politische Plattform des sowjetischen Systems bezeichnet worden. Gleichzeitig wurde die Außenhandelspolitik der UdSSR als Bestandteil der Außenpolitik der Sowjetunion definiert. Auch die anderen heute zum Ostblock gehörenden Staaten führten durchweg, wenn auch mit kleineren äußeren Abweichungen in der Organisationsform, ein staatliches Außenhandelsmonopol ein.

Die Unterschiede, die zwischen den Grundsätzen des Handels der westlichen Welt und des Ostblocks bestehen, bedeuten jedoch nicht, daß ein Gütertausch unmöglich ist. Anlässlich der Moskauer „Weltwirtschaftskonferenz“ vom April 1952 ist von östlicher Seite mit Nachdruck betont worden, daß man auf der Grundlage „der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils“ bereit ist, auch mit westlichen Ländern in Handelsbeziehungen zu treten. Es muß also nach Lage der Dinge für den betreffenden Oststaat, in unserem Fall die UdSSR, ein staatspolitischer Vorteil vorliegen, wenn bestimmte Abschlüsse mit dem Westen getätigt werden. Die Gewinnspanne wird dabei vom Osten her immer auf ein mög-

lichtst niedriges Niveau gedrückt werden. Außerdem wird der westliche Kaufmann die geltenden Sicherheitsbestimmungen beachten müssen, die aus der Sphäre der Politik kommend, es wenig ratsam erscheinen lassen, das militärische Potential des Ostblocks durch Lieferung von strategisch bedeutsamen Gütern zu stärken. Es gibt aber noch genug Warengruppen, die nicht unter den Begriff „strategische Güter“ fallen, wie man an der Entwicklung des Außenhandels zwischen Großbritannien und der UdSSR sehen kann.

Das Organ des Moskauer Außenhandelsministeriums „Wneschnaja Torgowlja“ wies nun kürzlich darauf hin, daß heute innerhalb des gegenüber der Vorkriegszeit um rund das Dreifache gesteigerten Außenhandels der Sowjetunion der Handel mit den volksdemokratischen Ländern und China nahezu 80 % in Anspruch nimmt. Diese Feststellung kennzeichnet eine für den Westen sehr bedeutsame Tendenz. Für den Kaufmann des Westens kommt für den Handel mit der Sowjetunion nur noch die Marge von 20 % des gesamten sowjetischen Außenhandels in Frage. Der weitaus größere Teil des sowjetischen zwischenstaatlichen Güteraustauschs vollzieht sich innerhalb der planwirtschaftlich immer enger verbundenen Ostblockstaaten. Von sowjetischer Seite wird sogar behauptet, daß dieser Osthandel jeglichen Bedarf zu decken in der Lage sei. Dieser Behauptung widerspricht die eigene Moskauer Propaganda, die auf eine Belebung des Ost-Westhandels zielt. Man kann aus ihr folgern, daß in einem begrenzten Rahmen die Sowjetunion durchaus an einem Handel mit dem Westen interessiert ist. Sonst würde die UdSSR nicht mit einer solchen Hartnäckigkeit gegen die von den USA ausgehenden Bestrebungen ankämpfen, den Güteraustausch zwischen dem Westen und dem Osten zu beschränken.

Aber eine starke Ausweitung des sowjetischen Außenhandels mit der westlichen Welt ist keinesfalls zu erwarten. Es liegen allzuvielen Anzeichen dafür vor, daß die UdSSR den Westhandel nur als Lückenbüsser betrachtet. Die Möglichkeiten dieses Außenhandels werden bei der bewußten Tendenz der sowjetischen Wirtschaftspolitik zur größtmöglichen wirtschaftlichen Selbständigkeit nur insofern ausgenutzt, als die inländische Produktion, einschließlich des Ostblocks, nicht ausreicht. Dafür sind auch planwirtschaftliche Beweggründe bestimmend. Die UdSSR weiß heute genau über die Schwierigkeiten der planwirtschaftlichen Lenkung eines Raumes von den Dimensionen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten Bescheid. Ein stärkerer Außenhandel mit dem Westen würde die Sowjetunion bis zu einem gewissen Umfang vom Weltmarkt abhängig machen. Die hochgradige Labilität des Weltmarkts würde ein starkes Moment der Unsicherheit in die sowjetische Planwirtschaft bringen. Das will der Kreml unter allen Umständen vermeiden. („Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel“ Nr. 3 vom 16. 1. 1953.)

Umschau

Zwei päpstliche Verlautbarungen an die Völker Osteuropas

Im vergangenen Jahre 1952 sprach Papst Pius XII. zweimal zu den Völkern Osteuropas: einmal in einem Brief vom 7. Juli „zu den Völkern Rußlands“, das

zweite Mal am 14. November zu den katholischen Ukrainern.

Durch seinen Brief „an die Völker Rußlands“, worunter wohl alle hinter dem Eisernen Vorhang wohnenden und in der „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ zusammengefaßten Völ-